

Überwachung

# Angst ist ein schlechter Ratgeber

In Krisenzeiten schallt der Ruf nach zweckdienlicher Überwachung durch die Gesellschaft. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass dabei Feindbilder gerne neu interpretiert werden. Und es wachsamem Widerstand braucht, um Freiheit und Privatsphäre zu schützen.

Text: Hernáni Marques | Illu: Ika

**D**ie Zeiten sind günstig, um die Praxis der Massenüberwachung auf die nächste Stufe zu heben. Das ist gefährlich, denn dabei könnte diese nicht bloss immer mehr Lebensbereiche durchdringen, sondern auch dazu genutzt werden, unser Verhalten stärker zu steuern. Aber was ist der Motor hinter diesem Überwachungsfetisch? Seit dem Zweiten Weltkrieg haben mindestens zwei Faktoren den Ausbau und die Vertiefung der staatlichen Überwachung befördert: Die ständige Aufrechterhaltung innerer und äusserer Feindbilder und der Umstand, dass die technologische Entwicklung die massenhafte Überwachung günstiger, unauffälliger und umfassender machte.

Dabei werden «aus Sicherheitsgründen» – quasi unserem Eigeninteresse dienlich – diese und jene Datentöpfe benötigt: Um Muster zu erkennen, mehr Kriminalfälle aufzuklären oder die Pandemie zu bekämpfen. Gerade Krisenzeiten begünstigen solche Tendenzen, weil wir uns nach einer «starken Führung» sehnen.

## Die Krise als Nährboden

Das zeigt sich in radikalem Ausmass in der Volksrepublik China. Hier wird die gesamte Gesellschaft mittels digitaler Totalüberwachung gesteuert. Menschen werden in all ihren Regungen vermessen und ein «social score» zeigt an, wer sich an die herrschenden Regeln hält. Natürlich werden individuelle Freiheiten dort auch ganz offen höheren kollektiven Interessen untergeordnet. Im Gegenzug wären breite Bevölkerungskreise in demokratischen System nach den historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts wohl weniger bereit, ihr Leben dauerhaft einer allumfassenden Autorität und höherwertigen Kollektivität unterzuordnen.

Und trotzdem sind auch hier Überwachungssysteme absehbar, die eine staatliche Lenkung ermöglichen. Im Endergebnis könnten Regierungen dadurch eine ähnliche Kontrolle erreichen – wenn auch auf verschleierte Weise, was neue Gefahren mit sich bringt. Gerade in den aktuellen Wirren um die Bekämpfung des neuen Coronavirus findet sich der Nährboden für solche Entwicklungen – wobei diese zusätzlich durch den Digitalisierungswildwuchs im Home-Office und Home-Schooling begünstigt werden.

Paradigmatisch für eine gefährliche Digitalisierung sind die Tech- und Social-Media-Giganten. Denn ihre Plattformen bereiten den Boden für eine breite Akzeptanz von Überwachung der intimsten Bereiche. Praktisch allen populären Plattformen liegt dabei ein überwachungskapitalistisches Geschäftsmodell zu Grunde. Die User\*innen stellen ihre Interessen, Präferenzen oder ihr Verhalten zur Verfügung und verkommen so selbst zur Ware. Dabei wird ihnen diese Überwachung als Primärzweck nicht einmal bewusst.

So gewöhnen wir uns früh an eine für viele unsichtbare Überwachung. Die staatliche Verwaltung kann nun nicht bloss auf solche Daten zugreifen, sondern im Windschatten ähnliche und zusätzliche Datensammlungen anlegen. Das ist die Lektion von Edward Snowden, der enthüllte, wie die NSA dank des «war on terror» im

PRISM-Programm auf weltweite Datenbestände von Apple, Microsoft oder Google zugreift.

Die Rechtfertigung lieferte auch hier die Krise. Denn in der allgemeinen Verunsicherung nach 9/11 wurde in Windeseile der US-Patriot-Act verabschiedet. Seither bestehen in Geheimverfahren umfassende Zugriffsrechte auf die Daten von US-Firmen. Ein zeitnahe Protest blieb aus und die Massenüberwachung dauert bis heute an. Um so wichtiger ist es nun in der neuerlichen Krise, genau zu beobachten, welche Überwachungsprogramme die Regierungen aufgleisen. Die Pandemie löst in Teilen der Bevölkerung dermassen viel Angst und Verzweiflung aus, dass sie sich geradezu nach der harten Hand des Staates sehnen.

## Wir sind alle Sicherheitsrisiken

Besonders perfid wird der Ruf nach mehr Überwachung, wenn glaubhaft gemacht wird, dass ohne «Sicherheit» durch Überwachung keine Freiheit möglich wäre. Diesen Ansatz wählte in der Schweiz jüngst die FDP – dieselbe, die am Erfolg des neuen Nachrichtendienstgesetzes (NDG) an der Urne federführend beteiligt war. Mit dem Totschlagargument der «Sicherheit» wird und wurde die Bevölkerung dabei in Geiselnhaft genommen. Weil der Schutz der Privatsphäre eigentlich ein unliberales Anliegen ist – sie soll den übergriffigen Staat im Zaum halten –, sind solche Denkmuster besonders hinterhältig.

Beim NDG-Abstimmungskampf konnte man mit der immer näher zu kommenden scheinenden Gefahr von islamistischen Terroranschlägen «punkten». Doch die Feindbilder, die zur Rechtfertigung herhalten müssen, können sich jederzeit ändern. Das zeigt ein Blick in die Schweizer Geschichte. Denn noch bis Ende der 1980er-Jahre waren stets Anarchist\*innen und Kommunist\*innen im Verdacht. Dabei trat auch das Denunziantentum als Begleiterscheinung auf – wobei gar Menschen aktiv bei der Stellensuche behindert wurden.

In Zeiten von Corona kommt es nun ebenfalls so weit, dass sich Menschen als Spion\*innen anbieten, um Regierung und Polizei über mögliche virenschleudernde Menschen zu orientieren. In manchen Ländern wie Belgien, Italien oder Portugal kommen gar Drohnen zum Einsatz, die per Lautsprecher verkünden, die Ausgangssperre einzuhalten. Dem Wesen nach unterscheidet sich das kaum von «1984» – ausser das Drohnen offenbar das Vorstellungsvermögen von George Orwell sprengten.

Aber gibt es denn keine Hoffnung, dass der Überwachungsfetisch irgendwann ausgedient hat? Dafür muss schon die herrschende Ordnung zusammenbrechen oder ein Feindbild abrupt wegfallen. Historisch ist ersteres vielleicht nach dem Ende des faschistischen Regimes in Spanien oder dem Zusammenfall der autoritären DDR geschehen. Für zweiteres ist der Zusammenbruch des Schweizer Fichen-

staats ein gutes Beispiel: Durch den Wegfall der «Ostbedrohung» mussten die Bundespolizei und das Militärdepartement für einige Jahre Federn lassen.

## Masslose Überwachung kommt, um zu bleiben

Doch es dauerte kaum ein Jahrzehnt, bis sich ernsthaftige Geheimdienststrukturen wieder etablierten. Alle diese Länder verfügen heute wieder über umfassende Überwachungskapazitäten, die dank des «war on terror» und der Digitalisierung auch eine unhinterfragte und günstige Massenüberwachung erlauben. Denken wir zum Beispiel an die sogenannte Vorratsdatenspeicherung, wo Verbindungsdaten und Bewegungsprofile aus der Handy-Überwachung zusammenfliessen. Eine entsprechende Interpretation dieser Daten soll Hinweise auf Täter\*innen oder Risikopersonen erlauben.

Im Fall des Ruppertsweiler Mörders kamen so zehntausende Menschen aufgrund ihrer Standortdaten in Frage. Und auch beim Mörgeli-Ritzmann-Skandal an der Universität Zürich gerieten prinzipiell alle Hochschulangehörigen

ins Visier der Zürcher Staatsanwaltschaft – Studierende eingeschlossen. Verdächtig waren sodann alle, die mit einer universitären Email-Adresse oder Telefonnummer mit spezifischen Medienhäusern in Kontakt standen. Auch ich geriet damals in Fangnetz, weil ich aufgrund der Zürcher Bildungsinitiative zur Abschaffung der Schulgebühren mit dem «Tages-Anzeiger» in Kontakt war. So erstaunt es auch wenig, dass es in der aktuellen Pandemie nicht lange dauerte, bis das Bundesamt für Gesundheit auf die Idee kam, von der Swisscom Bewegungsdaten einzufordern, um das Einhalten der Lockdown-Massnahmen zu überprüfen.

Die massive Digitalisierung, die aktuell noch einen neuen Schub erhält, vergrössert die Datentöpfe. Aus ihnen kann auf beliebige Art kombiniert werden, um Verdachtsfälle zu schaffen, Leute zu vermessen und einzustufen. In diesem Kontext bewegt sich auch die Idee, nur noch Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen, die mit Corona-Apps ihre Kontakte im Dienste der allgemeinen Gesundheit offenlegen. Kommt es zu einem solchen «Corona-Score» wird es nicht lange dauern, bis konkrete Folgen im Alltag spürbar werden.

Die Geschichte zeigt: Die Feindbilder ändern sich mit der Zeit. Was vorgestern der Kommunismus war, gestern der Islamismus, ist heute das Virus. Nur, dass dieses in uns allen schlummern kann und alle zu einem potenziellen Gefahrenherd verkommen lässt. Es macht Sinn, Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten, doch wir dürfen nicht wieder schlafen, wenn mächtige Techkonzerne und Regierungen sich erneut daran machen, die Infrastruktur für ein noch umfassenderes Kontrollregime zu bauen, das die soziale Ordnung von morgen bestimmt. ■

*Mit dem Totschlagargument der «Sicherheit» wird die Bevölkerung in Geiselnhaft genommen.*